

Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“

Unsere Freiheit ist ein kostbares Gut. Die Schweiz ist aus dem unbändigen Drang unserer Vorfahren nach Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung entstanden. Diese Werte bilden auch die Grundlage für die Erfolgsgeschichte unseres Landes.

Deshalb bitten wir Sie, jetzt die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative) zu unterschreiben. Besten Dank.

1. Unterschreiben Sie hier die Initiative (PDF)

(Bogen ausdrucken, ausfüllen und einsenden)

[Französisch \(PDF\)](#) / [Italienisch \(PDF\)](#)



2. Besuchen Sie uns auf Facebook: www.facebook.com/selbstbestimmungsinitiative

- [Um was geht es](#)
- [Initiativtext](#)
- [Argumentarium](#)
- [Downloads](#)
- [Beiträge](#)

Um was geht es?

Download Unterschriftenbogen (PDF)

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in der Schweiz das letzte Wort. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, die oberste rechtsetzende Gewalt im Land. Sie sind der Verfassungsgeber. Damit sind wir sehr gut gefahren. Unsere freiheitliche Ordnung, aber auch unser Sozialstaat ist auf dieser Grundlage entstanden, nicht durch eine Anbindung an internationale Organisationen und ausländische Gerichte. Diese bewährte Ordnung garantiert Rechtssicherheit und Stabilität und ist damit auch eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sind jedoch bedroht:

- Politiker, Beamte und Professoren wollen, dass das Schweizer Volk nicht mehr das letzte Wort hat. Sie möchten die Volksrechte einschränken.
- Sie stellen sich mehr und mehr auf den Standpunkt, dass fremdes Recht, fremde Richter und Gerichte mehr zählen als das von Volk und Ständen bestimmte Schweizer Recht.
- Der Bundesrat, die anderen politischen Parteien, das Bundesgericht sowie die Classe politique stufen die Bestimmungen des internationalen Rechts (Völkerrecht) höher ein als jene in unserer Verfassung.

Die Folgen für uns Schweizer:

Rechtssicherheit und Stabilität werden in Frage gestellt. Volksentscheide werden nicht mehr respektiert. Die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz wird unterlaufen. Volk und Stände haben beispielsweise der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und auch der Ausweisung krimineller Ausländer zugestimmt. Die Politiker verweigern die Umsetzung unter Berufung auf nicht zwingendes internationales Recht (Völkerrecht).

Die Selbstbestimmungsinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ will deshalb:

- **Rechtssicherheit und Stabilität**, indem das Verhältnis zwischen Landesrecht und internationalem Recht geklärt wird;
- die **Selbstbestimmung** der Schweizerinnen und Schweizer und damit die weltweit einzigartige **direkte Demokratie bewahren**;
- dass **Schweizer Recht (die Bundesverfassung) unsere oberste Rechtsquelle** sein soll;
- dass **Volk und Stände unser Recht bestimmen** und nicht Beamte und Professoren;
- dass **unser Recht demokratisch geschaffen** wird (durch das Volk und die Kantone oder durch das Parlament) statt von Beamten, Funktionären und Richtern in internationalen Organisationen und an ausländischen Gerichten;
- dass **Volksentscheide ohne Wenn und Aber umgesetzt werden** und zwar egal ob der Entscheid der „Elite“ in Bundesbern passt oder nicht;
- eine **eigenständige Wahrung der Menschen- und Grundrechte**;
- einen **schleichenden EU-Beitritt und die Abgabe unserer Souveränität an die EU verhindern**;
- eine **automatische** („dynamische“) **Übernahme von EU-Recht und internationalem Recht (Völkerrecht) verhindern**;
- die **Unabhängigkeit bewahren und damit Freiheit und Wohlstand** sichern;
- **wirtschaftlichen Erfolg, Investitionen und Arbeitsplätze**, denn Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sind die Basis hierfür.

Download Unterschriftenbogen (PDF)